

Die Engländer und die Entnazifizierung in Detmold

Am 4. April 1945 ging für Detmold der Zweite Weltkrieg zu Ende.¹ Mit dem Abklingen der Kampfhandlungen und der Besetzung der Stadt durch amerikanische Panzertruppen begann für Detmold die Nachkriegszeit.

Den kämpfenden amerikanischen Verbänden folgten im Abstand von nur wenigen Tagen die Briten, die von nun an die Kontrolle der Stadt übernahmen.

Dem Besatzungsvorgang vorausgegangen waren umfangreiche Planungen während des Krieges in Großbritannien wie in den USA.² Spätestens mit Beginn des Jahres 1943 hatte man in Großbritannien, im Vorfeld und parallel zu den Planungen auf alliierter Ebene damit begonnen, sich Gedanken darüber zu machen, was mit Deutschland nach seiner Niederlage geschehen sollte. Obgleich Amerikaner wie Briten sich hinsichtlich einer einheitlichen deutschlandpolitischen Konzeption und somit konkreter Handlungsorientierungen für die Zeit nach Beendigung der rein militärischen Aktionen nicht einigen konnten – partikuläre Eigeninteressen standen dem zu sehr entgegen – so verfolgten sie doch gemeinsam eine Politik, deren dominantes Motiv das Streben nach Sicherheit vor Deutschland war.

We are in Germany [...] to make sure that Germany does not launch another war upon the World.³

Mit ihm eng verknüpft waren jene Maßnahmen, die man in Washington wie in London unter die Begriffe 'Demilitarisierung', 'Denazifizierung' und 'Demokratisierung' faßte.

Deutschland zu demokratisieren bedeutete, es zunächst einmal von all den Gesetzen, Institutionen und nicht zuletzt Personen zu 'säubern', die zwölf Jahre lang für das NS-Regime standen und dessen Existenz ermöglicht hatten. Diesen Grundsatz formulierte auch die Proklamation Nr. 1 des obersten Befehlshabers der alliierten Streitkräfte, General Dwight D. Eisenhower vom April 1945:

Wir kommen als ein siegreiches Heer, jedoch nicht als Unterdrücker. In dem deutschen Gebiet, das von Streitkräften unter meinem Oberbefehl besetzt ist, werden wir den Nationalsozialismus und den deutschen Militarismus vernichten, die Herrschaft der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei beseitigen, die NSDAP auflösen sowie die grausamen, harten und ungerechten Rechtssätze und Einrichtungen, die von der NSDAP geschaffen worden sind, aufheben. Den deutschen Militarismus, der so oft den Frieden der Welt gestört hat, werden wir endgültig beseiti-

gen. Führer der Wehrmacht und NSDAP, Mitglieder der geheimen Staatspolizei und andere Personen, die verdächtig sind, Verbrechen und Grausamkeiten begangen zu haben, werden gerichtlich angeklagt und, falls für schuldig erklärt, ihrer gerechten Bestrafung zugeführt.⁴

Die Frage, wie eine solche Bestrafung aussehen konnte und welche Personengruppen konkret von ihr betroffen sein würden, war zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht geklärt.

Bereits im Februar 1945 hatten sich Stalin, Roosevelt und Churchill auf der Konferenz von Jalta (3. – 11. Februar) darüber verständigt, „alle nationalsozialistischen und militärischen Einflüsse aus den öffentlichen Dienststellen sowie dem kulturellen und wirtschaftlichen Leben des deutschen Volkes auszuschalten.“⁵ Die in der Deutschlandfrage zwischen ihnen immer wieder aufbrechenden Interessengegensätze verhinderten jedoch die Formulierung konkreter Ausführungsbestimmungen, so daß der von ihnen gefaßte Plan, Deutschland zu entmilitarisieren und zu entnazifizieren, über das Stadium einer gemeinsamen Absichtserklärung nicht hinauskam. Die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz einige Monate später (17. Juli – 2. August 1945) waren ebenfalls zu allgemein und zu formelhaft, als daß sie den Alliierten als Vorlage für ein einheitliches Vorgehen in der Frage der Entnazifizierung hätten dienen können. Ungeachtet dieser ungünstigen Voraussetzungen erwies sich die Entnazifizierung dennoch als ein den deutschen Nachkriegsalltag prägendes Element alliierter Besatzungspolitik. Vor allem die britische Militärregierung, unter deren Regiment von nun an auch Detmold stand, maß ihr große Bedeutung bei.⁶

Der Beginn der Entnazifizierung

Als Teil der ‘Reeducation-/Reorientation-Policy’ gehörte die Entnazifizierung zu den vorbereitenden Maßnahmen des von den Briten geplanten demokratischen Neuaufbaus Deutschlands. Ihre Aufgabe war, auf dem Wege einer umfassenden Personalsäuberung alle ehemaligen Träger des NS-Regimes aus dem öffentlichen Dienst, aus den Führungspositionen der Wirtschaft und aus dem Bereich der Bildung und der Kultur eine Zeitlang oder auf Dauer zu entfernen und politisch wie moralisch zur Verantwortung zu ziehen.

Während die ‘Reeducation-/Reorientation-Policy’⁷ mehr für die inhaltlichen Aspekte der britischen Besatzungspolitik stand und z.B. durch gegenseitigen Kulturtransfer auf die politische Neuorientierung Deutschlands konstruktiv Einfluß zu nehmen versuchte, beinhalteten die unter dem Begriff der Entnazifizierung subsumierten Maßnahmen mit dem Ziel, die deutsche Gesellschaft personell und organisatorisch-institutionell zu säubern, vor allem einen destruktiven Kern. Die Auflösung der nationalsozialistischen Organisationen erwies sich dabei, da sie per Gesetz einfach verboten werden konnten, als die einfach-

ste und gleichzeitig wirksamste Maßnahme zur ansonst recht schwierigen politischen Säuberung.⁸

Nicht einfach war allein schon der Beginn der Entnazifizierung. Die Versorgung der Bevölkerung und der eigenen Administration mit Lebensmitteln und anderen zum Leben notwendigen Dingen zwang die britische Militärregierung zu einer Politik, in der die Entnazifizierung praktisch zunächst nur eine untergeordnete Rolle spielen konnte. Die Notwendigkeiten des Nachkriegsalltags, die Gefahren eines 'administrative breakdown' und die Furcht vor einem allgemeinen Chaos verlangten von der britischen Militärregierung wenigstens für die erste Zeit ihrer Besatzung hinsichtlich der Entnazifizierung eine gewisse Zurückhaltung.

Auch das für Detmold zuständige '823 (S/K) Military Government Detachment' unter der Leitung von Major Major stand vor einem Berg zu bewältigender Aufgaben. Neben der Versorgung der Bevölkerung mit Medikamenten, Kleidung, Decken, Nachrichten von Vermißten, in Gefangenschaft befindlichen oder evakuierten Angehörigen und Nachbarn mußten die vor Ort eingesetzten Offiziere und Mannschaftsgrade zunächst einmal für die Unterbringung obdachlos gewordener Detmolder Bürger, aber auch für ihr eigenes Unterkommen sorgen. Noch benutzbare private und öffentliche Gebäude wurden zu diesem Zweck beschlagnahmt.⁹ Nicht weniger wichtig war die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Gegen Plünderungen und andere Straftaten wurde rigoros vorgegangen.

Trotz einer oft erstaunlichen Fülle von Informationen, die während des Krieges von deutschen Emigranten, aus den Mitteilungen der Geheimdienste und des Politischen Nachrichtendienstes (PID) oder aus einfacher zugänglichen Dokumenten gewonnen worden waren, wußten die Besatzungsoffiziere zu wenig über die Deutschen und ihren Staat. Früh hatten die Briten erkannt, daß sie Deutschland nur dann erfolgreich demokratisieren und ihr eigenes Land wirksam schützen konnten, wenn sie auf Kooperation statt auf Konfrontation mit den Deutschen setzten. Das von ihnen für die Zeit der Besatzung gewählte Prinzip der indirekten Kontrolle ('indirect rule') kam ihnen dabei zugute. Mit den Deutschen zu kooperieren, setzte vor allem im Umfeld der Entnazifizierung voraus, daß die Militärregierung genau wußte, mit wem sie es in dieser oder jener Stadt zu tun hatte, d.h. wer für eine Zusammenarbeit mit ihr in Frage kam und wer aufgrund seiner politischen Vergangenheit als Bürgermeister, Verwaltungsbeamter, Lehrer usw. nicht geeignet war. Dies zu klären, war zunächst Aufgabe der 'Public Safety Officers' (Offiziere für öffentliche Sicherheit), die in Zusammenarbeit mit den Experten der Nachrichtendienste sofort nach dem Einmarsch mit Nachforschungen über den Verbleib lokaler bzw. regionaler NS-Größen begannen.¹⁰ Diese Spezialisten verfügten über Unterlagen, anhand derer sofortige Entlassungen durchgeführt wurden. Darüber hinaus existierten Listen, nach denen der Geheimdienst gezielt Verhaftungen vornahm.

Betroffen waren alle NSDAP-Mitglieder, die vor dem 1. April 1933 der Partei beigetreten waren, Funktionäre der Partei oder ihrer Gliederungen, SS- und SA-Führer, sowie alle 'aktiven' Nationalsozialisten. Um sicher zu gehen, die kommunalen Verwaltungen nicht in den Kollaps zu treiben und dennoch alle Partei-Aktivisten zu erfassen, die man vor allem in den Führungspositionen der lokalen, regionalen etc. Verwaltungen vermutete, ersetzten die örtlichen Militärregierungen die jeweilige Nummer 1 der Verwaltung durch die jeweilige Nummer 2 oder 3, wenn dies möglich war.

Der erste Nachkriegsbürgermeister in Detmold

Daß diese Vorgehensweise nicht immer die Norm war, zeigt die 'Wahl' des Fabrikanten Alexander Hofmann zum ersten Nachkriegsbürgermeister in Detmold. Da Hofmann über Verhandlungsgeschick und englische Sprachkenntnisse verfügte, drängten ihn Detmolder Bürger, das Amt des Bürgermeisters zu übernehmen.

Herr Dr. Nacke und Herr Rechtsanwalt Schnitger [...] forderten mich auf, mich für den Bürgermeisterposten zur Verfügung zu stellen, weil ich englisch spreche und mit den Leuten umzugehen verstehe. [...] Nach anfänglich entschiedener Weigerung [...] habe ich mich dann doch bereit erklärt, den Bürgermeisterposten für drei Tage zu übernehmen, d.h. bis ein geeigneter Mann gefunden worden wäre.¹¹

Aus den drei Tagen wurden schließlich gut zwei Monate. Der zu diesem Zeitpunkt noch zuständige amerikanische Kommandeur ernannte Hofmann ohne große Umschweife und ohne ihn zuvor einer gründlichen Überprüfung unterzogen zu haben, zum Bürgermeister in Detmold.

Ins Zimmer zurückgekommen, stellte man mich dem amerikanischen Kommandeur als Bürgermeister vor. Die von dem [...] an mich gerichtete Frage, ob ich Nazi gewesen wäre konnte ich ihm befriedigend beantworten, worauf er mir die Hand gab und erklärte: 'Ich mache Sie hiermit zum Bürgermeister.' Ich bekam dann eine Armbinde, die mich als Bürgermeister auswies.¹²

Hofmanns Nachfolger wurde am 15. Juni 1945 der 1887 in Breslau geborene Dr. Richard Moes. Moes, der von 1925 bis 1937 das Amt des Bürgermeisters in Bünde bekleidet hatte, und dessen Wiederwahl 1937 die Nationalsozialisten seiner politischen Unzuverlässigkeit wegen abgelehnt hatten, galt als erfahrener Verwaltungsfachmann.¹³ Dies und seine erwiesene unbescholtene politische Vergangenheit machten ihn zu einem wichtigen Gesprächs- und Verhandlungspartner mit Major Major, dem Chef der örtlichen britischen Militärregierung.

Probleme der Entnazifizierung

Weitaus schwieriger als die Neubesetzung des Bürgermeisteramtes gestaltete sich die Entnazifizierung der übrigen Verwaltung wie der Detmolder und der deutschen Bevölkerung insgesamt. Der Mangel an qualifiziertem Personal, das sich in den örtlichen Gegebenheiten auskannte, bewog die britische Militärregierung, die mittlere und untere Verwaltungsebene von der Entnazifizierung zunächst einmal ganz auszunehmen. Um den Entnazifizierungsprozeß aber nicht zu gefährden und ihn möglicherweise in den Randbereich ihrer Besatzungspolitik abgleiten zu lassen, entschlossen sich die Briten, die soeben ernannten deutschen Verwaltungsspitzen an der Entnazifizierung zu beteiligen, indem sie sie mit der Umsetzung der zu diesem Zeitpunkt noch ad hoc erlassenen Entnazifizierungsanordnungen beauftragten. Allein die praktische Umsetzung dieser Bestimmungen wurde nicht nur in Detmold zu einem Problem. Das Fehlen einheitlicher und konkreter Richtlinien führte auf britischer wie auf deutscher Seite wiederholt zu Irritationen und verhinderte so eine klare Vorgehensweise.

Das Fragebogenverfahren

Um festzustellen, wer aktiver Nationalsozialist gewesen war, hatten die von der Militärregierung eingesetzten 'Public Safety Officers' Fragebögen zur politischen Vergangenheit in Umlauf gebracht. Das Ergebnis dieser Art der Befragung war indes alles andere als zufriedenstellend. Statt der Wahrheitsfindung zu dienen, erzeugten die Fragebögen in Verbindung mit der Flut immer neuer, oft widersprüchlicher Erlasse bei der Bevölkerung erhebliche Unsicherheiten.¹⁴

Die britische Militärregierung erkannte schon bald die Schwächen ihres bisherigen, zu diesem Zeitpunkt noch nicht sehr weit entfalteten Entnazifizierungsverfahrens. Ihr Versuch, die Deutschen mittels eines Fragebogens zu überprüfen und auf diese Weise den Grad ihres Engagements für den Nationalsozialismus auszuloten, erwies sich vor allem aus zwei Gründen als unzulänglich.¹⁵

1. Wie alle Fragebögen waren auch die von der britischen Militärregierung verwendeten ihrer gesamten Struktur nach zu schematisch und zu allgemein, als daß sie zur Klärung der politischen Verstrickung des einzelnen mit dem Nationalsozialismus hätten beitragen können. Mehr als formelle Belastungskriterien, wie etwa die Mitgliedschaft in der Partei, ließen sich mit ihrer Hilfe allein nicht feststellen.

2. Hinzu kam, daß die mit der Überprüfung der Fragebögen beauftragten 'Public Safety Officers' wiederholt hatten feststellen müssen, daß die Fragebö-

gen keineswegs immer wahrheitsgemäß beantwortet wurden. Eine Tatsache, die auch vom Detmolder Stadtrat und der Lippischen Landesregierung bestätigt wurde.¹⁶

Nicht einfach war vor allem die Überprüfung zugewanderter Personen.

Es besteht Veranlassung darauf hinzuweisen, daß die Angaben im Militärfragebogen von Bewerbern, die aus den östlichen Gebieten kommen, in Bezug auf ihre politische Betätigung für die NSDAP der genauen Überprüfung bedürfen. Es ist auffallend, wie wenig Bewerber aus den östlichen Gebieten [...] eine Tätigkeit für die NSDAP ausgeübt haben wollen. Im Gegensatz hierzu darf angenommen werden, daß die NSDAP in diesen Gebieten genauso aktiv war wie z.B. in der jetzt britischen Zone.¹⁷

Zu schaffen machte der Militärregierung noch ein anderes Problem. War es noch relativ einfach, die Minderheit der aktiven Nationalsozialisten herauszufinden und aus ihren Ämtern zu entfernen, so war es schon weitaus schwieriger, die Fälle derjenigen Amtsinhaber zu beurteilen, die aus Opportunismus, Angst, Sorge um die Familie usw. der Partei beigetreten waren.

Sollte die von den Briten intendierte politische Säuberung einen Sinn haben, dann mußten schnellstens Maßnahmen ergriffen werden, die ihre Wirksamkeit erhöhten und die Schablonenhaftigkeit des bisher gültigen Fragebogenverfahrens korrigierten. Die durch den Fragebogen vorgegebene starre Einteilung in 'im Amt zu Belassende' und 'zu Entlassende' ließ sich praktisch nicht durchhalten. Nur wenige politisch unbelastete und gleichzeitig fachlich qualifizierte Amtsinhaber wären übrig geblieben.

Weiterer Verlauf der Entnazifizierung

Die zunehmende Kritik der Bevölkerung an der Entnazifizierung besonders wegen ihres pauschalierenden Charakters, die Leichtgläubigkeit gegenüber Denunziation und die fehlende Transparenz in der Urteilsprechung sowie die inzwischen gemachte Erfahrung, ohne aktive deutsche Hilfe nicht wirkungsvoll entnazifizieren zu können, veranlaßten die Militärregierung, Maßnahmen zu ergreifen, die ihr die Mitarbeit der Deutschen sicherten. Mit der 'Instruktion Nr. 28' erließ die Militärregierung Anfang Dezember 1945 eine Anordnung, die die Bildung deutscher Entnazifizierungsausschüsse vorsah und den Deutschen erstmals ein Mitspracherecht im Entscheidungsprozeß einräumte.

Beratende deutsche Ausschüsse werden zur Unterstützung von Militärregierungs-offizieren eingesetzt, deren Aufgabe es ist, gemäß der Vorschrift vom 18. September 1945 über die Entnazifizierung [...] sämtliche Mitglieder der Nazi-Partei aus amtlichen und halbamtlichen Stellen, sowie aus verantwortlichen Stellungen in wichtigen Privatunternehmen zu entfernen.¹⁸

Die in den Provinzen, Regierungsbezirken, Kreisen und Städten einzurichtenden Ausschüsse sollten Empfehlungen aussprechen dürfen und hauptsächlich in den Fällen befragt werden, „wo die Entfernung oder Ausschließung in Belieben“¹⁹ stand. Praktische Anwendung erfuhr die Instruktion Nr. 28 nur in wenigen Fällen. Obwohl es der Militärregierung an gutem Willen nicht fehlte, gelang ihr in den ersten Monaten ihrer Besatzung die Durchsetzung einheitlicher Entnazifizierungsbestimmungen nicht. Viele der von ihr herausgegebenen Verfügungen blieben widersprüchlich oder erreichten aufgrund schlecht funktionierender Kommunikation nicht immer den Adressaten. Dies änderte sich erst 1946.

Nachdem die im Dezember 1945 erlassene Instruktion Nr. 28 nur begrenzt zur Anwendung gekommen war, entschloß sich die Militärregierung erneut, eine Anordnung zu treffen, mit der sich die Beteiligung deutscher Ausschüsse am Entnazifizierungsverfahren regeln ließ. Die Zonen-Exekutiv-Anweisung (ZEA) Nr. 3 vom 17. Januar 1946 bestimmte die Bildung deutscher Entnazifizierungsausschüsse auf Kreis- und Stadtebene.²⁰ Wie schon in der Instruktion Nr. 28 festgelegt, sollten die aus 6 bis 16 Mitgliedern bestehenden Ausschüsse lediglich beratend tätig werden. Ihre Arbeit unterlag der Kontrolle der PSSB (Public Safety Special Branch).²¹

Die Arbeit des Entnazifizierungsausschusses in Detmold

Wie viele andere Städte erhielt auch Detmold von der Militärregierung den Auftrag, einen Entnazifizierungsausschuß zu bilden, und unter Verwendung des seit 1946 gültigen, erweiterten Fragebogens damit zu beginnen, Informationen über die politische Vergangenheit aller zu überprüfenden Personen zu sammeln und der örtlichen PSSB zur abschließenden Begutachtung vorzulegen.²² Vorsitzender des Entnazifizierungsausschusses der Stadt und des Kreises Detmold wurde der Bäckermeister August Becker.²³ Welche Bedeutung die Militärregierung diesem Ausschuß beimaß, erklärte Capt. O'Hara (823 S/K, MilGovDet) auf einer Sitzung des Landesausschusses am 22. Mai 1946.

Bisher hat die Militärregierung die Entnazifizierung allein gemacht. Es ist jedoch Zeit, daß die Deutschen es selbst übernehmen, da die Militärregierung die Tätigkeit der NSDAP nicht richtig kennen kann. Sie sind alle gewählt worden, weil Sie alle Anti-Nazis sind. Sie haben hier gelebt und können uns helfen, die Nazis auszurotten. Wir haben es so gemacht, daß von jeder politischen Partei welche dabei sind.²⁴

Unterstützt werden sollte der städtische Entnazifizierungsausschuß durch bei den Betrieben, Behörden und anderen öffentlichen Dienststellen einzurichtende Unterausschüsse. Ihre Aufgabe war es, als sog. 'Sichtungsausschüsse' eine erste Beurteilung des zu überprüfenden Personenkreises vorzunehmen. Etwa zur

selben Zeit entstand in Detmold ein sich aus fünf Personen zusammensetzender Berufungsausschuß, an den sich jeder, der mit der Entscheidung des Hauptausschusses nicht einverstanden war, wenden und Einspruch erheben konnte.²⁵

Mit der Kontrollratsverordnung Nr. 24 vom 12. Januar 1946 verfügte die Militärregierung über Richtlinien, welche die Entnazifizierungspraxis auf eine solide Rechtsgrundlage stellten und den äußerst widersprüchlichen Maßnahmen des Jahres 1945 ein Ende bereiteten.²⁶ Die Kontrollratsverordnung Nr. 24 bestimmte die Entfernung aller Nationalsozialisten aus öffentlichen Ämtern und verantwortlichen Stellungen und legte die Grundsätze fest, anhand derer die deutschen Haupt- und Unterausschüsse ihre Sichtungsarbeit durchzuführen hatten.²⁷ Jeder, der sein berufliches Fortkommen politischer Nutznießung oder denunzierendem Verhalten verdankte und maßgeblich dazu beigetragen hatte, die Ideologie des Nationalsozialismus zu verbreiten, sollte seine Stellung verlieren. Insbesondere diejenigen, die nach 1933 beruflich Karriere gemacht hatten, waren den Alliierten verdächtig.

Obwohl sich die Entnazifizierung seit Inkrafttreten der VO Nr. 24 und der ZEA Nr. 3 in relativ geordneten Bahnen bewegte, war die Militärregierung mit ihrem Verlauf nicht zufrieden. Ihr Ziel, den Deutschen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und überflüssige Konflikte mit ihnen zu vermeiden, ließ sich mit den gültigen Richtlinien nicht realisieren. Beschwerden seitens der deutschen Bevölkerung blieben an der Tagesordnung.

Es erregt in der Bevölkerung viel Unwillen, daß die ehemaligen Nationalsozialisten sich gegenseitig Beschäftigung auf dem Flugplatz in Detmold verschaffen. Eine politische Überprüfung der dort beschäftigten Personen ist dringend erforderlich.²⁸

Nicht wenige waren der Ansicht:

Die Nazis werden leider immer noch wie rohe Eier behandelt [...] ²⁹

Ein Ärgernis war vielen vor allem die Ungleichbehandlung:

In der Bevölkerung herrscht lebhaft Unwille darüber, daß alte Kämpfer und Parteigenossen im Wirtschaftsleben weiter unbehindert tätig sind, während bei den Behörden diese Personen entlassen werden und ihr Vermögen der Beschlagnahme verfällt.³⁰

Die Einführung der Kategorisierung

Die Entnazifizierung mußte noch stärker individualisiert werden und der Komplexität menschlichen Handelns Rechnung tragen. Um der Verwirklichung die-

ses Anspruchs zumindest ein wenig näher zu kommen, gab die britische Besatzungsmacht weitere Anweisungen zur Entnazifizierung heraus. In Verbindung mit der Kontrollratsverordnung Nr. 38 vom 12. Oktober 1946 erließen die Briten am 30. November 1946 die ZEA Nr. 54. Mit ihr etablierten sie das in der amerikanischen Besatzungszone seit dem 5. März 1946 gültige Kategoriensystem und definierten gleichzeitig die Rahmenbedingungen für dessen Anwendung in der britischen Zone. Die Mitte April 1947 hier in Kraft tretende Kategorisierung unterteilte den Kreis der Entnazifizierungspflichtigen in fünf Gruppen:

1. Hauptschuldige
2. Belastete
3. Minderbelastete
4. Mitläufer
5. Entlastete.

Die Entscheidung, wer in welche Kategorie einzureihen war, trafen die deutschen Ausschüsse. Für sie bedeutete die ZEA Nr. 54 einen weiteren Schritt in Richtung Selbständigkeit. Erreicht wurde sie von ihnen am 1. Oktober 1947 mit der von der Militärregierung in Kraft gesetzten VO Nr. 110 betr. 'Übertragung der Entnazifizierungsaufgaben auf die Regierungen der Länder'.³¹

Am 1. Oktober 1947 wurde eine Verordnung in Kraft gesetzt, die die Verantwortung für die Entnazifizierung den Länderregierungen übergibt. Die Länderregierungen sind aufgefordert, einen dem Landtag verantwortlichen Minister zu ernennen, der die sich auf die Entnazifizierung beziehenden Gesetze handhaben soll. [...] Die Länderregierungen müssen an der Entnazifizierungspolitik, die in den Direktiven Nr. 24 und 38 festgelegt ist, beteiligt werden, aber sie sind frei darin, sie in der Weise auszuführen, die sie als am meisten angemessen betrachten.³²

Der in Detmold eingesetzte Entnazifizierungsausschuß begann im April 1946 mit seiner Arbeit.³³

Einzelheiten über seine Tätigkeit und seine Mitglieder ließen sich anhand der zugänglichen Akten nicht in Erfahrung bringen. Eine Vorstellung, wie er gearbeitet haben mag, liefert uns ein Zeitungsbericht aus dem Jahre 1946 über die Entnazifizierung in Gütersloh.

Unser Berichterstatter hatte [...] eine Unterredung mit dem Leiter des Ausschusses, der mit großer Offenheit unsere Fragen beantwortete.

„Mitglied eines Entnazifizierungsausschusses zu sein“, so sagte er, „ist das schwerste Amt, das heute einem Deutschen übertragen werden kann. Ich führe dieses Amt so, daß ich mir keinen Vorwurf zu machen brauche, jemandem Unrecht getan zu haben. Wir lassen uns nicht von kleinlichen Rachegefühlen leiten und schalten alles Persönliche aus. Der Hauptausschuß besteht aus Männern, die über den Dingen stehen. Keiner von uns ist an irgendwelche Interessen gebunden. Wir urteilen nicht nur nach dem objektiven Tatbestand, sondern prüfen vor allem die menschliche Seite jedes Falles. Diese Aufgabe wird uns dadurch erleichtert, daß wir

alteingesessene Gütersloher [...] sind, so daß wir die Bürger unserer Stadt kennen. [...] Diese Kenntnis muß aber versagen, wenn es sich um Ortsfremde und Flüchtlinge handelt, deren Angaben auf den Fragebogen schwer nachzuprüfen sind“.³⁴

Nicht einfach war insbesondere die Arbeit der Unterausschüsse, „deren es in Gütersloh neun gibt, die nach Berufsgruppen geordnet sind, und zwar für Industrie, Handel und Gewerbe, freie Berufe, Landwirtschaft, Verkehrswesen, Justiz, öffentlich rechtliche Körperschaften, Post und Eisenbahn“³⁵. Ihre Aufgabe war es, die Vorprüfung vorzunehmen und die Ergebnisse an den Entnazifizierungshauptausschuß weiterzuleiten.

Die Beurteilung der politischen und weltanschaulichen Haltung ihrer Kollegen stellte die Mitglieder dieser Sichtungsausschüsse vor große Probleme. Da sie sich bei ihrer Urteilsbildung in erster Linie auf die im Fragebogen gemachten Angaben und das meist zufällige persönliche Kennen der zu überprüfenden Personen stützen mußten, war es ihnen kaum möglich, das Ausmaß ihrer politischen Verstrickung mit dem Nationalsozialismus zu erfassen. Eigene Nachforschungen waren ihnen genauso untersagt wie der Einblick in die Personalakten.³⁶

Erlaubt waren mündliche Verhandlungen. Die Mitglieder der Sichtungsausschüsse hatten das Recht, Amts- und Arbeitskollegen, die sie nicht näher kannten, um eine Aussprache zu bitten. In Gesprächen, die häufig unter vier Augen stattfanden, versuchten sie, die Motive in Erfahrung zu bringen, die den einzelnen zum Eintritt in die Partei und zur Übernahme einer Funktion bewogen hatten.

Vor allem wird festgestellt, wann er in die Partei eingetreten ist, welche Ämter er bekleidet hat und welchen Organisationen er angehörte. Je nach dem Grad seiner Betätigung in der Partei, wobei vor allem die Zahl und Art der Ämter ins Gewicht fällt, wird der Pg in mehrere Stufen eingeteilt, die über sein weiteres Schicksal entscheiden. In erster Linie aber wird Wert auf die Würdigung der Persönlichkeit gelegt. Auch die Engländer wünschen, daß man sich zuerst den Menschen ansieht, ehe ein Urteil gefällt wird.³⁷

Inwieweit diese Gespräche den Sichtungsausschüssen in Detmold eine Entscheidungshilfe waren, läßt sich anhand der greifbaren Akten nicht sagen. Da die Mitglieder ihre Informationen in der Regel nur aus zweiter und dritter Hand bezogen, ist zu vermuten, daß sie dem hier Gesagten keine entscheidende Bedeutung beimaßen, sondern die gewonnenen Eindrücke lediglich als Ergänzung und Korrektiv zum Fragebogen werteten. Konkrete Aussagen über die Arbeit der Sichtungsausschüsse in Detmold sind der mangelhaften Aussagekraft des (noch) vorhandenen Aktenmaterials, wie dessen erschwerter Zugänglichkeit aufgrund rechtlicher Hemmnisse und gültiger Sperrfristen wegen im Rahmen dieses Beitrages nicht möglich.

Nützlich waren die Gespräche in jedem Fall den zu Überprüfenden, welche die ihnen gebotene Chance, sich in ein positives Licht zu setzen, in der Regel wohl genutzt haben.

Da sich die Einwohner Detmolds in ihrem Verhalten nicht wesentlich von dem der übrigen Bevölkerung des Nachkriegsdeutschlands unterschieden haben dürften, ist anzunehmen, daß auch sie auf die im Rahmen der Entnazifizierung übliche Benennung von Entlastungszeugen zurückgriffen. Wie die meisten werden auch sie ihrem Fragebogen 'Beweismaterial' beigefügt haben, das ihre politische Unbescholtenheit dokumentieren sollte.

Ein Zeitzeuge:

Viele höhere Beamte, die Parteimitglieder waren, [...] können nur wieder in ihre Ämter eingesetzt werden, wenn sie 'entnazifiziert' worden sind. Das ist oftmals eine langwierige Angelegenheit, denn die Betreffenden benötigen Zeugnisse, in denen Persönlichkeiten, die nicht der Partei angehörten, bestätigen, daß sie sich nichts zu Schulden kommen ließen.³⁸

Das solche häufig aus Freundschaft, Gefälligkeit oder einfach Mitleid ausgestellten 'Entlastungsschreiben' Konjunktur hatten, bestätigt ein anderer Zeitzeuge, der an der Universität Münster lehrende Mathematiker Prof. Heinrich Behnke:

„Persilscheine hatte jeder [...] So etwas stellte man sich sogar gegenseitig aus.“³⁹

Selbst Personen, die in der Vergangenheit dienstlich oder privat als überzeugte Nationalsozialisten aufgetreten waren, wurden von ihren Amts- und Arbeitskollegen bzw. ihren Nachbarn nicht einfach fallengelassen. Wurden ihre beruflichen Leistungen anerkannt und hatten sie im Umgang mit ihren Mitmenschen nicht jegliche Sympathie verspielt, war man bereit, auch ihnen ein entlastendes Zeugnis auszustellen.

Neben dieser Bereitschaft, sich gegenseitig zu helfen, existierte in der damaligen Gesellschaft noch ein ganz anderes, ihr völlig entgegengesetztes, sehr destruktives Gefühl. Nicht wenige Zeitgenossen nahmen die Entnazifizierung zum Anlaß, offene, aus alten Rivalitäten oder neuem Neid herrührende Rechnungen zu begleichen. Ein typisches Beispiel hierfür ist der Fall einer Detmolder Bürgerin, die aus einem Gefühl der Rache, des Neides oder aber des Schmerzes gegen Mitbürger intrigierte. Einzelheiten gibt die eidesstattliche Erklärung der Dolmetscherin Else Helmken-Tubbe wieder:

Als ich in den ersten Tagen nach dem Einmarsch der amerikanischen Truppen auf dem Rathaus freiwillig ein Amt als Übersetzerin und Dolmetscherin bekleidete, [...] ereignete es sich, daß [...] in einer 'Schlange' von vielen Menschen, die vor und in dem Zimmer von Herrn Stadtoberinspektor Röhler warteten, um ihre Wünsche vorzubringen, auch diese Frau St. an mich herantrat, ich möchte sie sofort bedienen und ihr einen Schein ausstellen, daß sie den Kommandanten [...] sprechen könnte.

Ich hatte den Auftrag, jeden genau zu fragen, was [...] er dort wollte [...]. Frau St. wurde dann sehr anmaßend. Sie erklärte mir, daß mich das gar nichts angehe, daß ganz Detmold nach Rache schrie, denn die Sch.s hätten den Tod ihres Mannes auf dem Gewissen, und jeder auf der Straße spräche sie an, daß sie nun sofort Rache nehmen sollte. [...] Als ich mich dann bald darauf mit einem Übersetzungsbüro selbstständig machte [...] lag auch in den ersten Tagen eine umfangreiche Übersetzung von Frau St. in der Angelegenheit vor. Ich las diese [...] und sah, daß es sich um eine Klatschbase und rachsüchtige Denunziantin handelte. [...] Ganz offensichtlich ist [...], daß Frau St. nur erreichen will, daß Herr Sch. aus seinem Laden und der Wohnung auf Grund seiner Parteizugehörigkeit ausgewiesen wird, damit sie dann voller Triumph [...] einziehen kann.⁴⁰

Denunziationen und gegenseitige Vorwürfe wurden wieder, wie schon zur Zeit des 'Dritten Reiches', Teil der Tagesordnung.

Im Wirrwarr von Anzeigen und Gegenanzeigen kannte sich keiner aus. Das gaben auch die englischen Offiziere zu.⁴¹

Den richtigen Beurteilungsmaßstab zu finden, war in einer Zeit, in der jeder ums Überleben kämpfte, für alle Beteiligten, nicht zuletzt für die Mitglieder des Entnazifizierungs-Hauptausschusses der Stadt Detmold äußerst schwierig, wenn nicht gar unmöglich. Soziale Rücksichtnahmen, kollegiale oder nachbarschaftliche Verbundenheit sowie personelle Engpässe im öffentlichen Dienst, in der Wirtschaft usw. und das fachliche Können des zu Entnazifizierenden schränkten ihren Entscheidungsspielraum zusätzlich ein. Jede negative Beurteilung hatte nicht nur Folgen für den Betroffenen, sondern sie traf auch immer und vor allem dessen Familie. Nicht zuletzt die Sorge um ihre Zukunft dürfte die Mitglieder aller Entnazifizierungsausschüsse bewogen haben, öfter für ein Belassen im Amt zu votieren, wo eine Entlassung eher angebracht gewesen wäre.

Jedes Mitglied des Ausschusses weiß, daß durch seine Entscheidungen ganze Familien an den Bettelstab gebracht werden können.⁴²

Mit Umsicht und, wo nötig, mit Rücksicht zu agieren, war auch die Maxime der Detmolder Verwaltungsspitze. Richard Moes:

Ich habe meiner Anschauung entsprechend pflichtgemäß die Reinigung der mir anvertrauten Verwaltung von nationalsozialistischen Aktivisten durchgeführt und dieses Ziel besonders bei der Neueinstellung mit allem Nachdruck verfolgt. Soweit vereinzelt noch Parteimitglieder eingestellt wurden, die den Nachweis einer nur listenmäßigen Zugehörigkeit erbringen konnten, waren insbesondere soziale Rücksichten auf Kriegsbeschädigte oder heimatlose Flüchtlinge maßgebend. [...] Nach dem 1. Januar 1946 sind weder Angestellte noch Arbeiter, die der NSDAP oder SA angehörten, eingestellt worden. Ein Anteil von noch nicht 10 % darf wohl einwandfrei als sehr geringfügig betrachtet werden, wenn man berücksichtigt, daß die

fachlich gebildeten Kräfte unter dem Druck der Verhältnisse doch größtenteils Mitglieder der NSDAP werden mußten. Bei diesen Ausnahmen ist ein strenger Maßstab dahin angelegt worden, daß es sich wirklich nur um Mitläufer und nicht um Aktivisten handelt.⁴³

Das Ende der Entnazifizierung

1949 war das Jahr, in dem sich die Entnazifizierung langsam ihrem Ende näherte. Der größte Teil der Verfahren war abgeschlossen, das Interesse an ihnen in der Öffentlichkeit und bei den Ausschüssen nahezu erloschen.

Mit der 'Verordnung zum Abschluß der Entnazifizierung im Lande Nordrhein-Westfalen' vom 24. August 1949 nahm die bereits stattfindende Liberalisierung innerhalb der Entnazifizierung offiziellen Charakter an. Kriegsheimkehrer und in die Kategorie IV ohne Beschäftigungsbeschränkungen eingestufte Personen gelangten ebenso wie die in die Kategorie III Eingereihten in die Kategorie V, die bis dahin den politisch Unbelasteten vorbehalten war.

Diejenigen, denen die Rückkehr in ihr Amt bzw. an ihren Arbeitsplatz bisher verwehrt worden war, durften Hoffnung schöpfen. Zwei Jahre später konnten sie mit ihrer Rückkehr fest rechnen. Am 11. Mai 1951 beschloß der Bundestag das 'Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen'. Dieses Gesetz, auch 'Regelungsgesetz' oder '131er Gesetz' genannt, bezog sich unmittelbar auf den Artikel 131 des Grundgesetzes, in dem der Bundesgesetzgeber direkt beauftragt worden war, die Rechtsverhältnisse der Personen neu zu regeln, „die am 8. Mai 1945 im öffentlichen Dienst standen, aus anderen als beamten- oder tarifrechtlichen Gründen ausgeschieden sind und bisher nicht oder nicht ihrer früheren Stellung entsprechend verwendet werden.“⁴⁴ Für die Städte und ihre Verwaltungen hatte diese Regelung zur Folge, daß bei Neueinstellungen zunächst solche Bewerber berücksichtigt werden mußten, die unter dieses Gesetz fielen, also Personen, die ihrer politischen Belastung wegen nach 1945 aus ihren Positionen entfernt worden waren. Damit war die Entnazifizierung auch in Detmold praktisch abgeschlossen.⁴⁵

Formell beendet wurde sie am 12. Februar 1952 durch das 'Gesetz zum Abschluß der Entnazifizierung im Lande Nordrhein-Westfalen'.⁴⁶

Reaktionen und Ergebnisse

Die Entnazifizierung führte in Detmold wie andernorts zu recht unterschiedlichen Reaktionen. Nicht wenige Detmolder lehnten sie als Anmaßung und Unrecht seitens der britischen Besatzungsmacht ab und leisteten ihr nur widerwil-

lig Folge. Existenzangst, politische Naivität und Desinteresse, Gleichgültigkeit gegenüber dem Gewesenen, aber auch die Überzeugung, den Blick nur nach vorn, auf die Gegenwart und in die Zukunft richten zu müssen, waren einige Motive für ihre Ablehnung.

Vom Oktober 1947 an waren die deutschen Behörden für den weiteren Verlauf der Entnazifizierung verantwortlich gewesen. Wenngleich auch sie sich ernsthaft um eine gerechte Durchführung der Bestimmungen bemühten, setzte sich die unter britischer Aufsicht begonnene Entwicklung fort. Fatal war, daß die ursprünglich als politische Säuberung gedachte Entnazifizierung immer mehr den Charakter einer Rehabilitierung der politisch Belasteten annahm und das Nachdenken über eine Mitverantwortung am NS-Regime und seinen Verbrechen in den Hintergrund drängte. Je größer der Abstand zur Zeit des NS-Regimes wurde, desto leichter fiel es der Bevölkerung, ihre einstige Parteinahme als einen verzeihlichen politischen Irrtum oder als zwar bedauerlichen, aber notwendigen Opportunismus zu entschuldigen.

Die Selbstbesinnung vieler [...] wurde in ihr Gegenteil, in eine ihnen im Interesse ihrer Existenzerhaltung geradezu aufgezwungene Selbstrechtfertigung verkehrt [...] an die sie, oft genug wiederholt, dann schließlich selbst glaubten.⁴⁷

Als die Ministerien damit begannen, in ihrer Gesetzgebung das Reinigungsprinzip zugunsten des Versorgungsgedankens zu vernachlässigen, wurde es möglich, daß selbst Verwaltungsbeamte, Lehrer, Polizisten, Richter u.a., die wenige Jahre zuvor ganz offen für Hitler und den Nationalsozialismus eingetreten waren, in ihre Berufe zurückkehrten.⁴⁸

Obwohl die Entnazifizierung ein konstitutiver Bestandteil britischer Besatzungspolitik war, führte sie in keinem Bereich zu personell oder strukturell tiefgreifenden Veränderungen. Daran schuld waren sowohl die Konstruktionsfehler des Verfahrens als auch die Entwicklung der politischen Gesamtkonstellation. Der Versuch der Militärregierung, Deutschland einer gründlichen politischen Säuberung zu unterziehen, mußte scheitern, da er von Anfang an mit anderen, den Wiederaufbau Deutschlands betreffenden Zielsetzungen kollidierte. Um das von ihnen besetzte Gebiet verwalten zu können, mußte sich die britische Militärregierung mit der deutschen Administration verständigen, da nur sie sich in der Verwaltung deutscher Angelegenheiten wirklich auskannte. Den Briten war bekannt, daß nur relativ wenige Deutsche dem Nationalsozialismus Widerstand geleistet hatten und die Mehrheit aus Mitläufern, aus nominellen Mitgliedern der NSDAP bestand. Sie erkannten, daß sie nicht alle ehemaligen Pg's aus ihren Ämtern und Positionen entlassen durften, da sonst niemand mehr dagewesen wäre, mit dem sie Deutschland wiederaufbauen und demokratisieren konnten. Das deutsche Volk völlig auszutauschen, zu entlassen und von allen Pflichten zu suspendieren, wäre unmöglich gewesen. Auch den deutschen Behörden war dies klar:

Bei zuletzt etwa zehn Millionen Mitgliedern der NSDAP ist der Teil des deutschen Volkes, der als nationalsozialistisch angesprochen wird, viel zu groß, als daß es politisch vertretbar wäre, diesen Volksteil dauernd von der Teilnahme am politischen und wirtschaftlichen Leben des deutschen Volkes auszuschließen.⁴⁹

Gefragt waren vernünftige Kompromisse, mit denen beide Seiten, Briten wie Deutsche, leben konnten. Durch die 1947/48 im Kalten Krieg gipfelnde Ost-West-Konfrontation und die damit verknüpfte Integration Westdeutschlands in den westlichen Machtbereich verlor die Entnazifizierung für die Alliierten schon relativ früh an Bedeutung.⁵⁰ Als sie 1948 langsam zu versanden begann, trauerte niemand ihr nach; schon gar nicht die britische Militärregierung, die bereit war, unter das allgemein als fehlerhaft kritisierte Verfahren einen Schlußstrich zu ziehen.

Es ist das Ziel der Militärregierung und der deutschen Behörden, die Entnazifizierung so rasch wie möglich und ein für alle Mal zu Ende zu führen. Es ist uns allen klar, daß das Gefühl der ständigen Beängstigung in der Form des Damoklesschwertes der Entnazifizierung dem deutschen Volk genommen werden muß.⁵¹

Mit welchen Gefühlen die Bevölkerung Detmolds den Abschluß der Entnazifizierung erlebte, kann an dieser Stelle nicht beantwortet werden. Sicherlich wird es den einen oder anderen gegeben haben, dem die Maßnahmen der Entnazifizierung nicht weit genug gingen, und der enttäuscht hatte feststellen müssen, daß nicht wenige dem NS-Regime einst ergeben dienende Zeitgenossen unbehelligt davongekommen waren.

Ein allgemeines Bedauern über das Ende der Entnazifizierung in Detmold ist jedoch weder den zugänglichen Detmolder noch den Düsseldorfer Akten zu entnehmen.

Anmerkungen

1. Siehe Bericht von Adolf Potthoff, Staatsobersekretär i.R., Detmold. 31. Juli 1960. StADT, D 106 Dt A Nr. 26 Nr. 2620. Vgl. zu den Ereignissen im Einzelnen: Georg Eisenhardt: Der 4. April 1945 – Die 'Stunde Null' in Detmold? In: Detmold in der Nachkriegszeit. Dokumentation eines stadtgesehichtlichen Projekts. Hg. von der Stadt Detmold. Bielefeld 1994. S. 43-66.
2. Zu den deutschlandpolitischen Nachkriegsplanungen Großbritanniens während des Krieges vgl. bes. Lothar Kettenacker: Krieg zur Friedenssicherung. Die Deutschlandplanung der britischen Regierung während des Zweiten Weltkrieges. Göttingen/Zürich 1989; Albrecht Tyrell: Großbritannien und die Deutschlandplanung der Alliierten 1941 – 1945. Frankfurt/M. 1987.
3. Speech delivered by Lord Pakenham to the Foreign Press Association in London on Wednesday, 24th Sept. 1947 (Copy). StA DT, D A Nr. 19774.

4. Zit. n. Peter Steinbach: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1982. S. 15.
5. Zit. n. Wolfgang Krüger: Entnazifiziert! Zur Praxis der politischen Säuberung in Nordrhein-Westfalen. Wuppertal 1982. S. 20.
6. Zur Entnazifizierung vgl. u.a.: Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hg.): Politische Säuberung in Europa. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg. München 1991. Henke, K.-D.: Die Grenzen der politischen Säuberung in Deutschland nach 1945. In: Ludolf Herbst (Hg.): Westdeutschland 1945 – 1955. München 1986. S. 127-133. Volker Dotterweich: Die 'Entnazifizierung'. In: Josef Becker/Theo Stammen/Peter Waldmann (Hg.): Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. zwischen Kapitulation und Grundgesetz. München 1979. S. 123-161. W. Krüger (1982). Für den Hochschulbereich vgl. Peter Respondek: Besatzung – Entnazifizierung – Wiederaufbau. Die Universität Münster 1945 – 1952. Münster 1995. Zur britischen Zone gehörten: die Provinz Westfalen, Hannover und Schleswig-Holstein sowie der nördliche Teil der Rheinprovinz, die ehemaligen Länder Lippe, Schaumburg-Lippe, Braunschweig und Oldenburg und die Hansestadt Hamburg. Die Entscheidung über die Grenzen der Besatzungszonen in Deutschland fiel auf der Konferenz von Jalta. Zu den Planungen hinsichtlich der Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen vgl. Tony Sharp: The Wartime Alliance and the Zonal Division of Germany. Oxford 1975 .
7. Zur Reeducation, Planung und Diskussion in GB vgl. u.a. Michael Balfour: Vier-Mächte-Kontrolle in Deutschland 1945 – 1946. Düsseldorf 1959. S. 45 ff. Kurt Koszyk: 'Umerziehung' der Deutschen aus britischer Sicht. Konzepte und Wirklichkeit der 'Re-education' in der Kriegs- und Besatzungsära. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 29/78. 1978. S. 3-12. Weitere Literatur zum Thema vgl. Respondek (1995) S. 46 ff.
8. Vgl. z.B. Ullrich Schneider: Niedersachsen 1945. Kriegsende. Wiederaufbau. Landesgründung. Hannover 1985. bes. S. 64 ff.
9. Vgl. dazu Diether Kuhlmann: Alter Stamm und neue Köpfe im Detmolder Rathaus. In: Detmold in der Nachkriegszeit. Dokumentation eines stadtgeschichtlichen Projekts, hg. von der Stadt Detmold. Bielefeld 1994. S. 67-94. bes. S. 75 f.
10. Vgl. dazu bes. Ullrich Schneider: Britische Besatzungspolitik 1945. Besatzungsmacht, deutsche Exekutive und die Probleme der unmittelbaren Nachkriegszeit, dargestellt am Beispiel des späteren Landes Niedersachsen von April bis Oktober 1945. Hannover 1980. bes. S. 23 ff.
11. Alexander Hofmann: 'Erinnerungen' des Bürgermeisters von Detmold A. Hofmann, mit Begleitschreiben an Regierungspräsident Heinrich Drake vom 22. 6. 1950. StA DT, D 1 Pr. Nr. 7823.
12. Hofmann: 'Erinnerungen'. StA DT, D 1 Pr. Nr. 7823. „Ich blieb ca. 3 Monate Bürgermeister, obwohl ich darum gebeten hatte, mich so bald wie möglich von meinem Posten zu entbinden, da ich mich meiner Fabrik wieder widmen wollte und es angezeigt sei, daß ein Fachmann Bürgermeister wurde. Ich schlug Herrn Dr. Moes als Fachmann vor, der dann auch ... akzeptiert wurde.“ Hofmann: 'Erinnerungen'. StA DT, M 1 Pr. Nr. 1106.
13. Kuhlmann (1994). S. 72.
14. „In jeder Zone bestehen ... Durchführungsbestimmungen der Besatzungsmacht, die sehr unterschiedlich sind. In der britischen Zone sind diese Bestimmungen am unklarsten ...“ Auszug aus „Volks-Echo für Westfalen und Lippe“: „Vor der Mindener Berufungskammer“. 23. Aug. 1946. StA DT, M 1 Pr. Nr. 1106.

15. 1951 veröffentlichte der Schriftsteller Ernst von Salomon seinen Bestseller 'Der Fragebogen', in dem er die Methoden der Entnazifizierung auf sarkastische Weise in Frage stellte.
16. Siehe Sitzung der Stadträte und Ratsherren am 26. Nov. 1945 betr. 'Bereinigung des Wirtschaftslebens'. StA DT, D 106 Dt A Nr. 2593.
17. Schreiben der Lippischen Landesregierung (gez. Drake) betr. 'Politische Zuverlässigkeit der aus den östlichen Gebieten Zugewanderten' vom 19. März 1946. StA DT, L80 III Nr. 4373.
18. Instruktion Nr. 28. HSTA D, NW 110 – 190 Bl. 28 f. Vgl.: Lange, Irmgard: Entnazifizierung in Nordrhein-Westfalen. Richtlinien, Anweisungen, Organisation. Siegburg 1976. S. 101. Anm. 21.
19. Instruktion Nr. 28. HSTAD, NW 110 – 190 Bl. 28 ff.
20. Vgl. Lange (1976), Dokument 108. S. 233 ff.
21. Die PSSB war die Abteilung der britischen Militärregierung, die für die politische Überprüfung der deutschen Bevölkerung zuständig war. Alle personellen Entscheidungen wurden von ihr getroffen bzw. stark beeinflusst. Siehe Anhang B zu HQ-06209-3/Sec betr. 'Grundsätze der Entnazifizierung' 25. Jan. 1946. HSTAD, RWN 133-1 Bl. 1-17 B 9 (Nachlaß Clemens von Oer).
22. Siehe: 'Direktive für die ernannten, repräsentativen Ratsausschüsse bzgl. Entnazifizierung'. StA DT, D 72 Rothaus Nr. 042.
23. Siehe Protokoll über die erste Sitzung des E.-Ausschusses am 3. 4. 1946. HSTAD, NW GN 1060-10; weitere Ausschußmitglieder waren: H. Schnittger, W. Kottmeyer, W. Große-Brunkmann, G. Plogstert, W. Meier, E. Rinsche, W. Vehmeier, B. Schulz, A. Libor und H. Busekros.
24. HSTA D, NW GN 1055 – 9. Siehe auch Mitt. von 507 L/R MilGovDet an den Regierungspräsidenten in Minden vom 31. Januar 1946. StA DT, M 1 Pr. Nr. 1157.
25. Vgl. Lange (1976), S. 39 ff.
26. Siehe Amtsblatt des Kontrollrates in Deutschland. Nr. 5 vom 31. März 1946. S. 98 – 115. HSTA D, NW 1037-180.
27. Dabei ging es um diejenigen, die der Partei aktiv und nicht nur nominell angehört hatten. Als aktive Parteigenossen galten alle Personen, die der NSDAP beigetreten waren, sich in ihr engagiert, d.h. nicht nur ihre Mitgliedsbeiträge gezahlt hatten, sondern Parteiämter bekleidet hatten. S. Amtsblatt d. Kontrollrates. Nr. 5 v. 31. März 1946. S. 98; S. 102 f.
28. Schreiben des Landrats vom 26. Juni 1946 an die Mil. Reg. 823. StA DT, D 100 Dt Nr. 16.
29. Mitt. v. Harald Scholz vom 9. Juni 1946. StA DT, D 106 Dt A 2623.
30. Mitt. der Landräte des Kreises Detmold/Lemgo an die Bürgermeister ... v. 29. Okt. 1945 betr. 'Bereinigung des Wirtschaftslebens von aktiven Pg's und unsauberen Geschäftsleuten.' StA DT, D 106 Dt A Nr. 2593.
31. Vgl. Lange (1976), S. 515 ff; Krüger (1982), S. 54 ff. Justus Fürstenau: Entnazifizierung. Ein Kapitel deutscher Nachkriegspolitik. Neuwied 1969, S. 111 f.
32. Auszug eines Telegramms des 'Foreign Office' vom 28. Oktober 1947 betr. 'Denazification, summary of history and procedure'. Public Record Office, London (PRO), FO 939-7; vgl. a. Respondek (1995), S. 214.
33. Protokoll der 1. Sitzung vom 3. 4. 1946. HSTAD, NW GN 1060-10.
34. Auszug aus: 'Freie Presse' vom 19. Oktober 1946. 'Wie steht es mit der Entnazifizierung in Gütersloh?' StA DT, Dt M 1 Pr. Nr. 1106.
35. 'Freie Presse' Bericht. StA DT, Dt M 1 Pr. Nr. 1106.

36. Vgl. Krüger (1982), S. 30.
37. 'Freie Presse' bericht. STAD, DT M 1 Pr. Nr. 1106.
38. Rensch, Bernhard: Lebensweg eines Biologen in einem turbulenten Jahrhundert. Stuttgart, New York 1979. S. 123. Rensch war seit 1947 ord. Professor der Zoologie an der Universität Münster.
39. Behnke, Heinrich: Semesterberichte. Ein Leben an deutschen Hochschulen im Wandel der Zeit. Göttingen 1978. S. 172.
40. 'Eidesstattliche Erklärung' betr. die Angelegenheit Strauss-Schulze von Else Helmen-Tubbe. Detmold, den 28. 1. 1946. StA DT, D 106 Dt A Nr. 2593.
41. Behnke (1978), S. 172.
42. 'Freie Presse'. Bericht. StA DT, M1 Pr. Nr. 1106.
43. Schreiben des Stadtdirektors von Detmold (Moes) an die Ratsversammlung vom 19. 2. 1946. StA DT, D 106 Dt A Nr. 2057.
44. Grundgesetz, Art. 131, 1. Satz. Zu den 'anderen' Gründen zählte u.a. auch die Dienstentfernung als Folge der Entnazifizierung.
45. Siehe Schreiben des Sonderbeauftragten für die Entnazifizierung im Lande NRW an den Entnazifizierungs-Hauptausschuß für den Regierungsbezirk Detmold vom 24. 2. 1950 betr. 'Abberufung der hauptamtlich tätigen Ausschußmitglieder'. StA DT, D 1 Pr. Nr. 7805.
46. Vgl. Lange (1976), S. 57. Krüger (1982), S. 161.
47. Otto Bachof: Die 'Entnazifizierung'. In: Andreas Flitner (Hg.): Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus. Tübingen 1965, S. 195-216, hier S. 204.
48. Vgl. Falk Pingel: Wissenschaft, Bildung und Demokratie – der gescheiterte Versuch einer Universitätsreform. In: Josef Foschepoth/Rolf Steininger (Hg.): Britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945 – 1949. Paderborn 1985, S. 183-209, hier S. 194. Hinsichtlich der Unzulänglichkeiten u. des Fehlschlagens der Entnazifizierung vgl. auch Peter Graf Kielmannsegg: Lange Schatten. Vom Umgang der Deutschen mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. Berlin 1989.
49. 'Niederschrift über die Besprechung der Oberpräsidenten und Chefs der Länderregierungen am 25. Januar 1946 im Sitzungszimmer des Oldenburgischen Staatsministeriums'. PRO, FO 1037-71. Vgl. auch Jürgen Kocka: Zerstörung und Befreiung: Das Jahr 1945 als Wendepunkt deutscher Geschichte. In: Ders.: Geschichte und Aufklärung. Göttingen 1989. S. 120-139 Henke (1986), S. 131 ff.
50. Vgl. Ernst Nolte: Deutschland und der Kalte Krieg. 2. Aufl. München 1985.
51. Erklärung General Bishop's von der Mil.Reg. betr. 'Endphase der Entnazifizierung' aus der Zeitung „Die Welt“. Nr. 17. 2. Jg. 8. Febr. 1947. StA DT, D 72 Rothaus Nr. 044.